

Nicole Westig

- (A) Das Angehörigen-Entlastungsgesetz ist gut gemeint, aber noch lange nicht gut gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Sören Pellmann, Die Linke, ist der nächste Redner.

(Beifall bei der LINKEN)

Sören Pellmann (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Satz, ehe ich einsteige: Herrichert, wenn Sie sich hierhinstellen und von Menschlichkeit reden, glaube ich, ist das Thema klar verfehlt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Kollegin Zimmermann hat bereits darüber reflektiert, welche Vorteile das heute zu beratende Gesetz für Familien an Entlastung bringt. Das ist gut und begrüßenswert. Allerdings ist das auch längst überfällig. Erneut, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss man feststellen: Wenn es um die Belange von Menschen mit Behinderungen geht, werden diese Menschen immer nur als Anhängsel gesehen, werden Regelungen für sie immer nur in einem sogenannten Omnibusgesetz an einen Gesetzeskomplex angehängt. Das ist ihrer nicht würdig.

(Beifall bei der LINKEN – Kerstin Tack [SPD]: Quatsch! Das ist doch kein Omnibus! Noch mal lernen! – Katja Mast [SPD]: Herr Pellmann, wo ist denn der Omnibus?)

(B)

Daran erkennt man auch, dass Menschen mit Behinderungen bei Ihnen offensichtlich nicht im Mittelpunkt stehen, was sie eigentlich verdient hätten.

Ich will die Punkte, die im BTHG nach wie vor offen sind und wo Sie in der Pflicht sind, zu liefern, klar ansprechen: Wie steht es um die Barrierefreiheit, vollumfänglich für die Privatwirtschaft? Die Linke hat einen Antrag dazu eingebracht. Sie haben ihn abgelehnt. So viel zur Wahrheit. – Was ist mit der Änderung der Ausgleichsabgabe? Gewerkschaften und Verbände fordern seit Langem Veränderungen. Vorgelegt wurde durch die Koalitionsfraktionen bisher leider nichts. – Zum AGG und zum BGG gibt es leider auch keine Vorschläge. – Ich kann fortfahren: Wie steht es um die Inklusion in der Bildung, die Gleichstellung von Frauen, Nothilfesysteme, Kultur, Sport, Tourismus und Mobilität? Die Serviceopposition

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

wird Ihnen in den nächsten Sitzungswochen Anträge dazu auf den Tisch legen. Dann werden wir schauen, wie ernst Sie es mit dem Thema meinen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Weiter muss die Anrechnung von Einkommen und Vermögen bei Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderungen endlich aufgehoben werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Es darf bei Inklusion und Teilhabe keine finanziellen Vorbehalte geben. Deswegen besteht die Kritik der Linken am BTHG weiter. Menschenrechtlich ist es geboten, Kostenvorbehalte und das Zwangspooling zu streichen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Spahn, der heute abwesend ist, war vor wenigen Tagen in der Nähe meines Wahlkreises und hat dort mit Menschen mit Behinderungen gesprochen. Die haben ihm ihre Nöte mit auf den Weg gegeben. Sie haben ihre Wünsche und Sorgen geäußert, und er hat gesagt, er nehme das mit nach Berlin. Ich glaube, er hat es im Auto liegen gelassen, so zumindest mein Eindruck, wenn ich mir das Vorgehen der Koalition anschau.

Zusammenfassend: Erstens. Der Zwang auf Menschen mit Behinderung durch Poolen muss ein Ende haben. Menschen sind frei in ihren Entscheidungen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Die nachweisbare Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt muss endlich gestoppt werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu viele Unternehmerinnen und Unternehmer kaufen sich vom Menschenrecht auf Inklusion einfach frei.

Drittens. Barrierefreiheit ist kein Wunschkonzert.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

In einer freien Welt sollen freie Bürger überall hinkommen können, ohne vor unüberwindbaren Barrieren zu stehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Stephan Stracke, CDU/CSU, hat als Nächster das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Gesetz, das hier im Entwurf vorliegt, führen wir in der Pflege eine Freigrenze von 100 000 Euro bei der Einkommensanrechnung ein. Damit entlasten wir die Angehörigen pflegebedürftiger Menschen. Das haben wir als CSU im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 versprochen, das haben wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt, und nun kommt diese Entlastung. Das zeigt einmal mehr: Die CSU liefert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Pflege ist ein zentrales Thema dieser Koalition. Die vorgesehene Entlastung reiht sich in eine Vielzahl von Verbesserungen in der Pflege ein; denn Menschen, die sich um andere kümmern, haben unsere Wertschätzung und volle Unterstützung verdient.

(C)

(D)

Stephan Stracke

(A) Wir haben in den letzten Jahren viel getan. Wir haben uns speziell um Pflegebedürftige gekümmert, beispielsweise um Demenzzranke. Sie haben heute die gleichen Ansprüche wie Menschen mit körperlichen Einschränkungen. Das ist ein großer Gewinn, und das entlastet im Übrigen auch pflegende Angehörige. Wir haben umfangreiche Verbesserungen für die Pflege zu Hause erreicht. Denken Sie beispielsweise an die Verhinderungspflege, wenn ein pflegender Angehöriger eine Auszeit von der Pflege braucht. Wir haben sie verbessert. Denken Sie an die Familienpflegezeit, die wir weiterentwickelt haben. So kann jemand bis zu sechs Monate aus dem Beruf aussteigen, um einen nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung zu pflegen. Wir haben auch die soziale Absicherung der Pflegepersonen gestärkt. Wir haben in den letzten Jahren also viel getan, was die Leistungen für Pflegebedürftige und für pflegende Angehörige angeht.

Jetzt geht es uns auch um die Situation von Pflegekräften. Wir wollen den Arbeitsalltag von Pflegekräften spürbar verbessern mit mehr Personal, mehr Zeit, mehr Wertschätzung, besseren Löhne.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dann bekommt Pflege ein besseres Image in diesem Bereich. Das ist auch bitter nötig, wenn es um die Attraktivität des Pflegeberufs geht. Die Ausbildungszahlen sind auf Rekordniveau. Aber wir wollen da noch besser werden. Vor allem wollen wir diejenigen zurückgewinnen, die aus dem Beruf ausgestiegen sind. Das hat viel mit den Arbeitsbedingungen zu tun. Wenn wir in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen sind, gewinnen wir doch alle einen Eindruck davon, wie hoch der Frust und die Unzufriedenheit sind.

(B)

Das wollen wir verändern, Schritt für Schritt und ganz spürbar im Alltag. Wir finanzieren deshalb zusätzliche Stellen in den Krankenhäusern. Wir schaffen 13 000 zusätzliche Stellen in der Altenpflege. Pflegekräfte sollen wieder mehr Zeit haben für Patienten und Betroffene.

(Beifall der Abg. Dr. Astrid Mannes [CDU/CSU])

Wir bauen Bürokratie in diesen Bereichen ab. Wir kümmern uns auch um eine bessere Bezahlung. Gestern haben wir miteinander darüber gesprochen, dass wir dafür kämpfen wollen, bessere Löhne in der Pflege zu bekommen. Da sind wir beispielsweise in Baden-Württemberg oder Bayern gut aufgestellt, aber eben nicht flächendeckend in diesem Land. Wir wollen bayerische Löhne am besten flächendeckend in ganz Deutschland durchsetzen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

und dafür eröffnen wir der Branche entsprechende Möglichkeiten. Sie können entscheiden, ob sie das über Pflege Mindestlöhne oder beispielsweise über allgemeinverbindliche Tarifverträge machen.

Wir haben bereits eine volle Refinanzierung von tarifvertraglichen Löhnen in der Altenpflege. Das wollen wir auch in den Krankenhäusern erreichen. Wir haben auch die Ausbildung in der Pflege verändert. Seit Januar dieses Jahres gibt es kein Schulgeld mehr, und es gibt eine an-

gemessene Ausbildungsvergütung. Und die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, macht tatsächlich Sinn. (C)

All das macht den Pflegeberuf wieder attraktiver. Genau deswegen sind wir als Koalition auch angetreten. Wir haben gesagt: Wir müssen uns um die Pflege kümmern, um die Pflegebedürftigen, um die pflegenden Angehörigen und um die Pflegekräfte.

All das macht Pflege attraktiver. Politik nah am Menschen. Politik, die nutzt und verbessert. Es macht einfach einen Unterschied, dass wir als Union regieren. Wir machen Politik für die Menschen – jetzt und in Zukunft.

Herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Voraussichtlich letzte Rednerin in dieser Debatte ist die Kollegin Dagmar Schmidt, SPD.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU])

Dagmar Schmidt (Wetzlar) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich versuche einmal, die Debatte am Ende ein wenig zusammenzufassen, zumindest die Punkte, die sich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf beschäftigen.

Erstens. Wir nehmen vielen Menschen in Deutschland die Ängste: die Ängste von Kindern, die keine großen Einkommen haben, die weniger als 100 000 Euro im Jahr verdienen. Sie müssen keine Angst mehr haben, für ihre pflegebedürftigen Eltern finanziell aufkommen zu müssen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Auch den pflegebedürftigen Eltern nehmen wir die Ängste, ihren Kindern eventuell zur Last zu fallen. Das gilt nicht nur für die Pflege, das gilt für die gesamte Sozialhilfe. Das ist eine gute Nachricht für rund 275 000 Familien in Deutschland.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zweitens. Wir machen das Leben ein wenig leichter, gerade für die, die es im Leben schwerer haben als andere. Das gilt für Eltern, die mit diesem Gesetz nicht mehr 34 Euro monatlich für ihre stationär untergebrachten erwachsenen Kinder mit Behinderung aufbringen müssen. Für manche Menschen sind 34 Euro nicht viel Geld, für andere Menschen sind 34 Euro viel Geld; aber in jedem Fall ist es eine bürokratische Entlastung, und das ist dringend geboten.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Antje Lezius [CDU/CSU])

Wir machen die Arbeit der unabhängigen Teilhabeberatungsstellen leichter, weil wir die Förderung über das Jahr 2022 hinaus sicherstellen und erhöhen. Davon profitieren viele Tausende Menschen mit Behinderung, die auch weiterhin eine Anlaufstelle finden, wo sie von Menschen mit gleichen oder ähnlichen Herausforderungen